



# Presseinformation



Wiesbaden, 17. Juni 2014

**Staatssekretär und Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung, Jo Dreiseitel auf Fachtagung in Büdingen**

**„Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund stärken – Aufgeschlossenheit in der Bevölkerung fördern“**

**Büdingen.** Anlässlich der Fachtagung „Kommen um zu bleiben? – Integration braucht Begegnung“ in Büdingen, hat der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, auf die großen Herausforderungen für die Hessische Integrationspolitik hingewiesen. Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen sei es umso wichtiger, die interkulturelle Öffnung weitervoranzutreiben und sich für eine Willkommens- und Anerkennungskultur in Hessen einzusetzen. „Eine deutschlandweite Asylkonferenz, wie sie der Hessische Integrationsminister Stefan Grüttner gefordert hat, ist ein wichtiger Schritt, um der großen Anzahl von hier ankommenden Flüchtlingen gerecht werden zu können und ihnen eine menschenwürdige Versorgung bieten zu können. Gleichzeitig müssen wir uns aber auch bewusst machen, dass viele dieser Menschen über viele Jahre in unserem Land bleiben werden. Das erfordert auf der einen Seite eine Aufgeschlossenheit in der Bevölkerung in Hessen, auf der anderen Seite Orientierungshilfen und Teilhabeangebote für die Betroffenen“, so Dreiseitel.

Bereits jetzt sei Hessen durch seine Vielfalt in der Bevölkerung geprägt. Rund ein Viertel aller Hessinnen und Hessen habe einen Migrationshintergrund. „Diese Vielfalt sollte als Bereicherung und Gewinn für unser Land verstanden werden. Vielfalt ist aber kein Selbstläufer, sondern will gestaltet werden. Die Hessische Landesregierung tut dies, indem sie sich für die Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund an zentralen

Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einsetzte: Teilhabe an der Erziehung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Recht und im sozialen Bereich bis hin zur politischen Partizipation“, sagte Dreiseitel. Integration sei ein Querschnittsthema, das die verschiedensten Bereiche berühre. Aus diesem Grund habe die Hessische Landesregierung Anfang April die Einrichtung eines Kabinettsausschusses Integration beschlossen, der unter der Leitung des Bevollmächtigten für Integration und Antidiskriminierung tagen werde, um sich ressortübergreifend mit Integration zu befassen. „Ein ambitionierter Schwerpunkt der hessischen Landesregierung ist dabei der Hessische Integrationsplan. Auf der Grundlage der aktuell schon vielfältigen integrationspolitischen Aktivitäten, Initiativen und Vorhaben soll er die Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung konzeptionell weiter entwickeln und strategische Ziele benennen.“

„Um Integrationspolitik nachhaltig planen, entscheiden und gestalten zu können, bedarf es einer fundierten Grundlage. Mit dem Hessischen Integrationsmonitor steht der Hessischen Landesregierung ein fundiertes Instrument zur Verfügung, das Einblicke in die verschiedenen integrationspolitischen Handlungsfelder und die Identifizierung von Problemlagen ermöglicht. Hessen nimmt hier mit seinen statistischen Auswertungen und den darauf aufbauenden vertiefenden Studien eine Vorreiterrolle nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa ein“, berichtet Dreiseitel.

„Wichtig ist, dass wir bei all unseren Bemühungen dort ansetzen, wo Integration gelingen muss, nämlich in den Kommunen. In einer aktiven Integrationspartnerschaft wird die enge Zusammenarbeit des Landes mit den Kommunen weitergeführt und ausgebaut, z.B. im Rahmen des Landesprogramm WIR, mit dem wir eine finanzielle Förderung für Personalstellen und innovative Projekte für die interkulturelle Öffnung der Kommunen zur Verfügung stellen. Diese Zusammenarbeit beschränkt sich aber nicht nur auf die Weitergabe von Fördermitteln, sondern schlägt sich in einer engen fachlichen Begleitung nieder, die auf die Umsetzung der inhaltlichen Schwerpunkte zielt“, so Dreiseitel.

„Die Wertschätzung von Vielfalt bedeutet, dass Menschen aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit keine Nachteile erfahren dürfen. Friedliches Zusammenleben und erfolgreiche Integration können nach meiner Überzeugung nur in einer diskriminierungsfreien Gesellschaft gelingen. Aus diesem Grund treten wir allen Formen

von Diskriminierung und Rassismus entschieden entgegen“, so Dreiseitel. Auf Ebene der Hessischen Landesregierung werde derzeit eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet. Ziel der Antidiskriminierungsstelle soll sein, einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Akzeptanz und Wertschätzung verschiedener Entwürfe der Lebensgestaltung sowie das gesellschaftliche Miteinander der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. „Die Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur, Offenheit und Wertschätzung - was sich so leicht ausspricht, stellt uns alle vor eine große Herausforderung. Denn wir selbst entscheiden mit unserem Verhalten darüber, ob im Umgang zwischen den Menschen ein positives Klima der Akzeptanz und Teilhabe entsteht oder ob Zweifel und Missgunst in unseren Köpfen vorherrschen“, sagte Dreiseitel abschließend.

\*\*\*